

Die DSTG Württemberg zu dbb, Weihnachts- und Urlaubsgeld

Das dbb-Konzept

Man mag zu den Vorschlägen des dbb stehen wie man will, eines ist sicher, die zeitliche Abfolge in der Öffentlichkeitsarbeit war ein Desaster

Während die Umlegung des Weihnachtsgeldes auf die monatlichen

Gehaltszahlungen schon länger im Gespräch war und auch Sinn macht, war der dbb-Vorschlag zum Urlaubsgeld für uns alle eine Keule.

Wenn schon so ein Vorschlag, den der dbb-Vorstand in aller Einsamkeit trifft, wieso geht man dann auch noch gleich damit an die Öffentlichkeit, bevor er den Mitgliedern vorgestellt wird?

Wieso veröffentlicht man diese Verhandlungsgrundlage und engt damit den Spielraum für diese Verhandlungen ein ?

Nun die Antwort ist relativ einfach

Der dbb hatte zum Zeitpunkt seines Beschlusses eindeutige Signale aus den Ländern, die generelle Öffnungsklausel (Kürzung der Gehälter um bis zu 10%, Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld) zu beschließen und das Urlaubsgeld definitiv zu streichen.

Um die Umsetzung dieser Vorhaben im Bundesrat zu verhindern, hat der dbb-Vorstand seine Alternativ-Vorschläge ad hoc gefasst und den politischen Gremien zugeleitet und damit natürlich auch öffentlich gemacht.

Im Nachhinein ist nicht mehr auszumachen,

- ob das nun so dringlich und so notwendig und damit dann auch richtig war,
- oder ob man sich nicht hätte mehr Zeit lassen können, um den Mitgliedsverbänden und ihren Mitglieder vorher die aktuelle politische Ausgangskonstellation und die darauf aufbauenden Überlegungen des dbb zu erläutern

Die aktuelle Lage

Die Kürzungspläne sind noch nicht vom Tisch !

Das Land Berlin ist vollkommen einige kleinere Bundesländer sind beinahe pleite. Die Beamtenbesoldung wird per Gesetz bundeseinheitlich geregelt, muß also im bankrotten Berlin genauso angewendet werden wie im finanziellen Vergleich nach wie vor hervorragend da stehenden (Lt. FM !!) aber trotzdem jammernden Baden-Württemberg.

Auf jeden Fall hat der Bundesrat das Thema vertagt. Es ist zeit für weitere Gespräche und Verhandlungen.

Bewertung der Kürzungsvorschläge:

1. Umlegung Weihnachtsgeld

Nach überwiegender Rechtsauffassung sind die Sonderzuwendungen nicht Teil der Alimentation und haben somit auch keinen Bestandsschutz.

Durch die Aufteilung und Einrechnung ins Grundgehalt werden sie aber zu einem Gehaltsbestandteil.

Damit wäre das (eingearbeitete) Weihnachtsgeld auf Dauer gesichert – und würde nach 10 Jahren Festschreibung auf denselben Betrag auch wieder an laufenden Gehaltserhöhungen teilnehmen.

2. Umwandlung Urlaubsgeld

Dies mag ein sehr schöner und ehrenwerter Gedanke sein, das Urlaubsgeld wenigstens insgesamt noch irgendwie für den öffentlichen Dienst zu retten (Verwendung für strukturelle Maßnahmen z.B. Ballungsraumzulage). Aber was mit solchen Beträgen selbst ein relativ reiches Land wie Baden-Württemberg anfängt, haben wir ja bei den Leistungsprämien gesehen. Die Regierung klaut uns das Geld schneller, als wir gucken können.

Außerdem hat das Urlaubsgeld als Festbetrag auch eine soziale Funktion, die bei einer Streichung geradezu pervertiert werden würde.

3. Fazit:

Diese Komponente mag für die Mehrzahl der Beamten, nämlich die Lehrer mit Besoldung in A 12 aufwärts, ihren Charme haben, kann für uns und alle Gewerkschaften, deren Mitglieder auch dem mittleren oder gar einfachen Dienst angehören, kein Thema sein.

Es sei denn, hier erfolgt ein entsprechender Ausgleich bei der „Abzinsung“ des Weihnachtsgeldes

Kompensation

Alles hat seinen Preis. Es ist sicher nicht die Schuld des öffentlichen Dienstes, wenn Regierungen ihre Länder an den Rand des Bankrotts führen. Aber der öffentliche Dienst wird gerne bei der Sanierung zu Sonderleistungen herangezogen – geht doch bei den Beamten so bequem per Gesetz.

Bei der Einrechnung des Weihnachtsgeltes in die Grundgehälter müssen wir natürlich eine „Abzinsung“ akzeptieren, die könnte auch sozial gestaffelt sein. Dies muß uns die dauerhafte Sicherung des Weihnachtsgeldes einfach wert sein.

Hier könnte auch ein Ausgleich für die soziale Schieflage bei der „Umwandlung“ des Urlaubsgeldes eingearbeitet werden.

Machen wir uns nichts vor; die Länder werden Eingriffe in die Besoldung vornehmen so oder so. Deshalb sollten wir versuchen, das wenigstens zu minimieren und sozialverträglich zu gestalten

Umklappung des Tarifabschlusses

Kürzungen in der Gehaltsstruktur sind die eine Sache - Teilhabe an der wirtschaftlichen (und tariflichen) Entwicklung die andere.

Zwischen Abschluß der Tarifverhandlungen und den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen haben unsere lieben Politiker nur von wert- und zeitgleicher Übernahme der Tarifvereinbarungen auch für die Beamten gesprochen. Das hört sich seit diesen Wahlen nicht mehr ganz so gut an. Aber es gibt ja noch 2 Landtagswahlen in 2003, im Mai in Bremen und dann vor allem im September in Bayern. Da bleibt doch noch Hoffnung !

Eines ist aus unserer Sicht auch klar: Eingriffe beim Weihnachts- und Urlaubsgeld können nicht losgelöst von der Besoldungsanpassung in Anlehnung an den Tarifabschluß stehen.

Am Ende muß auch für die Beamten ein deutliches Plus beim Jahres-Netto Gehalt in 2003 und 2004 stehen.

Quo vadis Beamtenstatus ?

Abgesehen davon, dass die Steuerverwaltung als eine der Kernverwaltungen als eine der letzten den Beamtenstatus verlieren würde, stellt sich die Frage, sollen wir die DSTG uns, soll der Beamtenbund sich überhaupt noch für das Berufsbeamtentum einsetzen ?

Die streikfreie Verwaltung hat unserem Land jahrzehntelang eine zuverlässige Infrastruktur garantiert – wenn gestreikt wurde, wenn sich Katastrophen ereignet haben – die öffentliche Verwaltung hat immer funktioniert.

Wenn unsere Politiker das nicht mehr wollen, wenn der überwiegende Teil der Mitbürger das nicht mehr will, sollten wir uns überlegen, ob wir das noch wollen.

Ganz sicher funktioniert unsere Verwaltung auch mit Angestellten.

Warum sollten wir uns dann nicht auch über Tarifverträge das holen, was uns zusteht, was uns im Beamtenstatus aber verwehrt wird ??

Der Beamtenstatus ist ein hohes Gut für diesen Staat, diese Gesellschaft –

Aber sollen wir als einzige gesellschaftliche Gruppe gegen diese Gesellschaft diesen Beamtenstatus aufrecht zu erhalten versuchen.

Dieser Diskussion werden wir und wird sich der Beamtenbund stellen müssen